

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

Von Berlin könnten die EU-Bürokraten lernen! Nein, nicht in Sachen Flugplatz. Ich sag nur Trinkwasser. 1999 verkaufte der Senat die Wasserbetriebe und garantierten den Käufern jährlich 8% Rendite. Die Folge aus heutiger Sicht: der Wasserpreis ist um 30% gestiegen, über 10.000 Arbeitsplätze gingen in den Wasserbetrieben und bei Zuliefern verloren und das Land verzichtet auf Steuereinnahmen und Teile der Konzessionsabgabe... Der zahlende Bürger hat in einem Volksentscheid den Teilerwerb erstritten...



Chefredakteur Wohnungswirtschaft-heute.de
Gerd Warda; Foto WOWIheute

möglichkeit findet man unter www.right2water.eu/de. Die „Europäische Bürgerinitiative (EBI)“ ist ein Instrument der Europäischen Union zur Bürgerbeteiligung. Das jeweilige Anliegen müssen mindestens eine Million EU-Bürger aus mindestens sieben EU-Staaten unterstützen.“ Zitat Ende

Es ist Zeit die Stimme zu erheben! Egal ob Eigenheimer oder Mieter, welche Auswirkungen es hat, davon kann der BBU und seine Berliner Mitgliedsunternehmen ein Lied singen.

Ihr Gerd Warda

Nun die EU-Kommission: Ich zitiere aus einem Aufruf von Heinrich Rösl, Präsident des Eigenheimerverbandes Deutschland e.V. „Die EU-Kommission plant – wie dem Entwurf einer entsprechenden Richtlinie zu entnehmen ist – den Markt für die Wasserrechte zu öffnen und somit letztendlich die Privatisierung der Wasserversorgung zu betreiben...

... Die kommunale Wasserwirtschaft dagegen funktioniert hervorragend. Gemeinden und Städte sind der Garant dafür, dass die Bevölkerung täglich ortsnah gewonnenes, naturbelassenes und frisches Wasser genießen kann – und das zu einem vernünftigen und sozial verträglichen Preis. ...

... Für Liberalisierungseffekte ist der Wassermarkt nicht geeignet. Die Verbraucher wollen kein standardisiertes Einheitswasser sondern ein naturreines Lebensmittel.

„Daher“, so Heinrich Rösl, Präsident des Eigenheimerverbandes Deutschland e.V., „fordern wir alle Bürger auf, die Europäische Bürgerinitiative „Wasser ist ein Menschenrecht“ zu unterstützen, damit die notwendige 1 Million Unterschriften gegen dieses Vorhaben zusammen kommen.“

Weitere Einzelheiten sowie die Unterschrifts-

Februar 2013. Ein neues Heft, mit neuen Inhalten. Klicken Sie mal rein.